



„Ich sitze nicht zweieinhalb Jahre oder 30 Monate oder über 900 lange Tage und Nächte im Gefängnis für etwas, das der Mann hervorgerufen hat, von dem ich völlig und von Anfang an das Gefühl hatte, dass in ihm eine schaurige Schicksalhaftigkeit wohnte. [...] Ich habe heute meinen Tag, an dem ich die NSDAP für alles und jedes Unglück in der Welt verantwortlich mache!“<sup>1</sup>

Die Verklärung der auf Negativerfahrungen verkürzten Selbstsicht als vermeintliches Opfer des Nationalsozialismus und das beharrliche Leugnen persönlicher Verantwortung und Vorteile durch den Aufstieg der NSDAP waren nicht nur für den 1947 noch inhaftierten, ehemaligen Chefredakteur der Flensburger Nachrichten, Ernst Schröder, typisch. Sie bestimmten vielmehr die Erinnerung der großen Mehrheit der schleswig-holsteinischen Journalisten und Verleger in den Jahren nach 1945 und stellten im Zuge von Lizenzierung, Entnazifizierung und Konzentration wichtige Bestandteile der (klein)verlegerischen und journalistischen Rückkehrstrategie auf den demokratischen Pressemarkt dar. Möchte man diesen Integrationsprozess untersuchen, müssen Antworten auf folgende Fragen gefunden werden: Wie erinnerten Chefredakteure und Verleger ihre berufliche Vergangenheit im Nationalsozialismus nach dem Kriegsende und wie stellten sie diese in Entnazifizierungs- und Lizenzierungsverfahren, in Zeitungen und autobiographischen Quellen dar?<sup>2</sup>

**Kontinuität bei Zeitungen und Personal.** Als Voraussetzung für die Bewertung journalistischer und verlegerischer Erinnerungsmuster soll

## Markus Oddey: Lizenzen, Entnazifizierung und Konzentration Die Presse in Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus nach 1945

<sup>1</sup> Vgl. StaFl XII Hs 1766 I Bd. 1., Nachlass Schröder. Tagebucheinträge vom 20. 10. und vom 28. 10. 1947.

<sup>2</sup> Der Beitrag ist ein verkürzter Auszug aus meiner an der Universität Flensburg entstandenen Dissertation über die schleswig-holsteinische Presse und den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein im Zeitraum 1928-1950. Vgl. Markus Oddey: Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz, Eutin 2006.



Die britische Militärregierung betrachtet die Presse als wichtiges Instrument, die Bevölkerung zur Demokratie zu erziehen und an Meinungsfreiheit zu gewöhnen. Hier wirbt sie 1945 auf witzige Weise für die britische Militärzeitung „Kiel Journal“. Verfasst von unbelasteten deutschen Journalisten, richtet sie sich an die Kieler Bevölkerung. Lizenzen für unabhängige deutsche Zeitungen vergibt die Militärregierung erst ab 1946.

zunächst analysiert werden, zu welchen Veränderungen es nach 1945 bei der personellen und unternehmerischen Zusammensetzung des regionalen schleswig-holsteinischen Pressemarktes kam. Es geht an dieser Stelle nicht darum, einen historiographischen Abriss der Lizenzierungsphase der regionalen Presse nachzuzeichnen. Das ist an anderer Stelle bereits kompetent geleistet worden.<sup>3</sup> Ein ganz kurzer Ausgriff sei trotzdem gestattet: Die britische Militärregierung gestaltete die Zeitungslandschaft nach 1945 neu. Eine entnazifizierte Presse als Instrument einer „Reeducation“ sollte die deutsche Bevölkerung zur Demokratie erziehen und das obrigkeitshörige Denken der Leser an Presse- und Meinungsfreiheit gewöhnen. Zeitungen waren für diese Aufgabe in der Provinz konkurrenzloses Informationsmedium: Ein regionales Rundfunkprogramm ermöglichte erst der 1949 eingeführte Ultra-Kurzwellen Sender. Eigenverantwortliche publizistische Arbeit deutscher Verleger war untersagt. Stattdessen wurden zunächst britische Militärzeitungen verteilt, in deren Redaktionen auch politisch unbelastete deutsche Journalisten saßen, die von den Briten genaue Arbeitsanweisungen erhielten. Bereits 1946 aber eröffnete die britische Besatzungsmacht Lizenzierungsverfahren für deutsche Verleger und vergab ab April Lizenzen an vertrauenswürdige, journalistisch qualifizierte Personen. Die Altverleger aus der NS-Zeit zählten nicht dazu und durften zunächst lediglich Anzeigenblätter herausgeben. Der aufgrund der Verordnung 108 der britischen Militärregierung vom 15. 10. 1947 geschaffene Presserat für die britische Besatzungszone hatte die Aufgabe, die Tätigkeit der beratenden Länderausschüsse für das Pressewesen in den einzelnen Ländern der britischen Besatzungszone zu koordinieren und war damit die wichtigste Instanz bei der Vergabe von Zeitungs- und Zeitschriftenlizenzen. In den großen Städten waren mindestens zwei Parteirichtungszeitungen mit unterschiedlicher politischer Tendenz erschienen: zwei in Lübeck (die bürgerlichen *Lübecker Nachrichten* und die sozialdemokratische *Lübecker Freie Presse*) und drei in Kiel (die bürgerlichen *Kieler Nachrichten*, die sozialdemokratische *Volks-Zeitung* und das kommunistische *Norddeutsche Echo*). 1948 folgten die dänische *Südschleswigsche Heimatzeitung* und 1949 die *Rendsburger Landpost* und die *Norddeutsche Rundschau* (Itzehoe). In Flensburg standen sich das *Flensburger Tageblatt* als Gruppenlizenzzzeitung und die nach 1945 ununterbrochen erscheinende dänische *Flensborg Avis* im Grenzkampf scharf gegenüber. Die nationalsozialistische Vergangenheit der Altverleger – für die Lizenzierung war eine Einstufung in Klasse V („unbelastet“) oder als „nicht betroffen“ notwendig – wurde von Vertretern der Lizenzpresse wiederholt gegen die in der Vereinigung schleswig-holsteinischer Kreisverlags- und Anzeigenblattdruckereien zusammengesetzten Altverleger der Heimatblätter ins Feld geführt, um eigene ökonomische Interessen durchzusetzen. Der Abwehrkampf der Lizenzpresse war daher in erster Linie ökonomisch und weniger ideologisch begründet. Abseits von wirtschaftlich begründeten Auseinandersetzungen scheinen innere Abneigungen, Abgrenzungs-

<sup>3</sup> Vgl. u.a. Norbert Frei: *Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Presstradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier*, München 1986; Kurt Koszyk: *Pressepolitik für Deutsche 1945-1949*, Berlin 1986.

oder Distanzierungsbestrebungen gegen ehemalige nationalsozialistische Kollegen kaum verbreitet gewesen zu sein. Prinzipiell stellt auch der letztendlich erfolglose Versuch, den politisch belasteten Altverleger der Kieler Neuesten Nachrichten Dr. Curt Heinrich um seine Gesellschaftsanteile zu bringen, ein treffendes Beispiel dafür dar, wie die nationalsozialistische Vergangenheit aus ökonomischen Interessen der Lizenznehmer instrumentalisiert wurden.<sup>4</sup>

Die Briten kritisierten zu viele angebliche NS-Phrasen, zu wenige Leserbriefe und politische Kolumnen sowie niveaulose und stark durch die parteipolitische Brille betrachtete Leitartikel. Im November 1948 notierte der in Kiel residierende britische Pressekontrolloffizier resigniert: „Wir können beraten, anleiten und unterstützen, bis wir blau werden im Gesicht, aber nichts wird nach unseren Vorstellungen umgesetzt, wenn wir das letztendlich nicht selbst tun.“<sup>5</sup>

Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 endete die Zeit der Lizenzpresse. Auch Schleswig-Holstein erlebte in den folgenden Monaten einen Gründungsrausch im Blätterwald: Neun Lizenzblättern standen im März 39 neu aufgelegte Zeitungen gegenüber, die fast durchweg bereits vor 1945 erschienen waren. Lediglich die während der Kriegszeit angestregten Konzentrationsprozesse waren häufig unumkehrbar.

Doch nicht nur die Produkte sondern auch ihre Macher waren die alten: Motor der personellen Reintegration waren auch in Schleswig-Holstein die Entnazifizierungsverfahren, die auf Grundlage des berühmten politischen Fragebogens, in dem Betroffene 133 detaillierte Fragen zu ihrer beruflichen und politischen Vergangenheit zu beantworten hatten, ursprünglich Belastete zu „Mitläufern“ in der Entnazifizierungskategorie IV machten.<sup>6</sup>

Hochgradig standardisierte Entschuldungsformeln der Exkulpation und weit verbreitete Unschuldlegenden begründeten eine Verleger- und Journalistenhistoriographie von der bloß „formalen Parteimitgliedschaft“ und einem „immer menschlichen und anständigen“ Personal. Journalisten und Verleger setzten dabei ein bereits vor 1945 eingübtes soziales Abgrenzungsverhalten gegenüber nationalsozialistischen Emporkömmlingen und Konkurrenten fort, wenn sie bekundeten, sie selbst hätten sich immer „menschlich“ verhalten, nicht mit „Heil Hitler!“ begrüßt und seien im Betrieb niemals in Parteiform aufgetreten.<sup>7</sup> Bei der Entnazifizierung ging es aus ihrer Sicht um die Bewertung dieser gewährten persönlichen Integrität und nicht um ihre Rolle als mitverantwortliche Verwalter ministerieller Anweisungen des Reichspropagandaministeriums. Nicht selten wurden Anpassungsleistungen von 1933, insbesondere die relevante NSDAP-Mitgliedschaft, rückblickend als Zwangsmaßnahmen „erinnert“ und auf eine häufig konstruierte politische „Notwehrsituation“ zurückgeführt.<sup>8</sup>

Diese Apologie gehörte zur Grundaussstattung der Selbstdarstellung von Journalisten und Verleger in ihren Verfahren: Betroffene

<sup>4</sup> Vgl. die auf Interviews beruhende Einschätzung von Haese/Prawitt-Haese 1994, S. 138-173.

<sup>5</sup> Vgl. Danker, Uwe: Zeitungen im 20. Jahrhundert, in: Ders. Jahrhundertstory, Band 3, Flensburg 1999, S. 233-237, Zitat nach: Wolf Gehrmann: Unter britischer Kontrolle: Der Wiederaufbau der Landespresse in Schleswig-Holstein 1945 bis 1948 – politische und wirtschaftliche Aspekte der Zeitungen im Spannungsfeld von Parteien, Verbänden und britischer Besatzungsmacht, in: Schleswig-Holsteinischer Heimatbund und Landesarchiv Schleswig-Holstein (Hrsg.): Die Anfänge des Landes Schleswig-Holstein, Schleswig 1997, S. 81. Zur Presseentwicklung Schleswig-Holsteins in der Lizenzierungsphase vgl. Wolf Gehrmann: Britische Presse- und Informationspolitik in Schleswig-Holstein 1945-1949, Kiel 1993, zur Entwicklung während der sich anschließenden Markteintrittsphase der s-h Altverleger vgl.: Ute Haese/ Torsten Prawitt-Haese: ‚Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit‘. Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1955, Kiel 1994, eine gelungene Zusammenfassung findet sich bei Danker: Zeitungen im 20. Jahrhundert.

<sup>6</sup> Vgl. zu dieser Funktion der E-Verfahren schon: Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik: die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin 1982.

<sup>7</sup> Vgl. schon Norbert Frei/ Johannes Schmitz: Journalismus im Dritten Reich, München 1989. Regionale Beispiele für dieses bereits vor 1945 weit verbreitete Phänomen bei: Markus Oddey: Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz, Eutin 2006, S. 385-405.

<sup>8</sup> Nach Meinung der Autoren einer Sonderbeilage des Pinneberger Tageblatts konnten 1933 angeblich nur Parteimitglieder Mitglied der Berufsliste der Reichspressekammer werden, was erwiesenermaßen falsch ist. Vgl. 100 Jahre PT vom 4./5. Mai 1991.

Die erste Ausgabe der „Lübecker Freien Presse“ (1. April 1946)



9 Daneben wird die Hilfe für Einzelpersonen in sieben Fällen, der Karrierestopp bedeutende Stellenverlust lediglich drei Mal und die politische Verfolgung in sechs Fällen, dann meist von Sozialdemokraten, genannt. Vgl. die Untersuchung von ca. 110 Entnazifizierungsakten des schleswig-holsteinischen Medienpersonals. Vgl. Oddey 2006, S. 432 sowie das Untersuchungssample „Personen“ dort im Anhang.

10 Vgl. ausführlich für den Untersuchungsraum: Ulf Christen: Entnazifizierung im Landtag Schleswig-Holsteins, in: DG VI, Kiel 1991, S. 189-212, hier vor allem die Seiten 206-208.

waren bei ihren Rechtfertigungsversuchen bemüht klarzustellen, dass sie 1933 nur deswegen am Markt und in ihren beruflichen Stellungen verblieben waren, um ganz im Sinne der Leser und der Bevölkerung der Partipresse nicht allein das publizistische Feld zu überlassen. Dabei „übersahen“ sie, dass das über die Mitte der Gesellschaft aufgestiegene Regime 1933 dringend unterschiedliche Kommunikationsplattformen benötigte und auch förderte. Dass sich hinter ihren Entscheidungen auch ökonomische Interessen verbergen, wird deutlich, wenn man die von den Verlegern und Journalisten in ihren Verfahren am häufigsten genannten Entnazifizierungsargumente genauer betrachtet. Hier stehen Zwangsverkäufe, die Konkurrenz durch die eingetragene und Konflikte mit lokalen NS-Macht-habern um wirtschaftliche oder soziale Privilegien an erster Stelle.<sup>9</sup>

Eine Nivellierung der Entnazifizierungsentscheide und Spruchgerichtsurlaube brachte am 17. März 1951 das von der national-bürgerlichen Koalition beschlossene „Gesetz zur Beendigung der Entnazifizierung“<sup>10</sup>: Die wenigen bislang in Kategorie III und die Masse der bisher in die Kategorie IV eingestuft Betroffenen von der Untersuchung wurden jetzt rechtlich und mit Hinsicht auf alle Beschränkungen gleichgestellt und als politisch „unbelastet“ einge-

Die Altverleger am Ziel ihrer Wünsche

**Endlich wieder Heimatzeitung!**

**Lieber Leser!**

Nach Wiederherstellung der Pressefreiheit und Aufhebung des Lizenzzwanges ist nunmehr der Zeitpunkt gekommen, wo die Bevölkerung wieder ihre langentbehrte Heimatzeitung lesen darf.

Ab 1. Oktober erscheint in neuer Folge die Heimatzeitung

**Pinneberger Tageblatt  
Holsteiner Nachrichten**

und sie will wieder, wie seit fast 100 Jahren, ein täglicher, gern gesehener Gast in allen Familien ihres Verbreitungsgebietes werden.

Über die wesentliche

**Bedeutung des Heimatblattes**

für die heimische Wirtschaft, die verwaltungsmäßige Betreuung, das politische und kulturelle Streben, für das Sport-, Vereins- und sogar das familiäre Leben besteht kein Zweifel.

Die Heimatzeitung, auf überparteilicher Grundlage aufgebaut mit ausführlichem Heimatteil und Haus bei Haus gelesen, in der die Familien, die Geschäftsleute, die Landwirte, die Parteien, die Vereine und die heimischen Behörden ihre Anzeigen, Ankündigungen und Bekanntmachungen veröffentlichen, gibt

**ein getreues Spiegelbild unserer Heimat**

des Lebens und Strebens, der Sorgen und Freuden unserer nächsten Mitmenschen.

Die Heimatzeitung versäumt dabei nicht, mit wachen Sinnen den Blick weit über die Grenzen der Heimat und des Vaterlandes zu richten.

**Eine sorgfältige Redaktion**

wird den Leser über alle wichtigen in- und ausländischen politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Geschehnisse und Ereignisse unterrichten. Von guten Federn populär geschriebene Aufsätze werden die Zeitfragen erörtern. Und nicht zuletzt wird der Unterhaltungsteil gepflegt werden und ein spannender Roman allabendlich den Leser fesseln.

**Die Heimatzeitung erscheint täglich**

außer sonntags. Der Bezugspreis wird monatlich DM 2,20 zuzüglich DM 0,70 Expeditionsgebühr betragen.

Wir bitten unsere alten und neuen Leser, das Wiedererscheinen ihrer Heimatzeitung durch ihre Bestellung zu unterstützen. Füllen Sie bitte den untenstehenden Bestellschein aus, trennen Sie ihn ab und geben Sie ihn unserem Boten mit, oder werfen Sie ihn unfrankiert in den nächsten Briefkasten.

A. Beig, Verlag  
Pinneberg, Damm 11-15.

stift. Die sensiblen politischen Auswahlkriterien der Presseabteilungen der britischen Militärregierung gehörten endgültig der Vergangenheit an. Im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren hatten die wenigen politisch belasteten Kollegen aus den Kategorien III und IV noch eine Belastung für die Reputation der antragstellenden Verleger dargestellt. Jetzt aber stand ihrer offiziellen Rückkehr und Integration in Redaktionen und Verlagshäuser, in vielen Fällen als ein in älteren Loyalitäten begründeter Gnadenakt, rechtlich gesehen wenig im Wege. So sind im dritten Quartal 1951 75% der bereits 1937 auf dem regionalen Pressemarkt tätigen Chefredakteure und Verleger wieder in Redaktion und Verlag dabei.<sup>11</sup>

Trotz der Kontinuität bei Zeitungen und Personal lässt sich feststellen, dass eine von der Lizenzpresse beschworene ominöse Springflut brauner Heimatblätter in den Jahren nach 1949 ausblieb. Zwar wurden Reden und Veranstaltungsberichte der konservativen Parteien meist länger und die der SPD entsprechend kürzer abge-

<sup>11</sup> Vgl. erneut die Untersuchung von ca. 110 Entnazifizierungsakten des schleswig-holsteinischen Medienpersonals im Anhang von Oddey 2006. Nur wenige ehemalige Verleger oder Mitarbeiter aus Verlagsleitungen hatten sich auf das Geschäft des Buchdruckers (sechs Fälle) oder als Kaufmann (acht Fälle) ohne Zeitungsverlag zurückgezogen. Fünf weitere Personen, meist Sozialdemokraten, wechselten in die Politik, einige wenige Personen (sechs Fälle) zogen sich als politisch belastet in ihre vor 1933 ausgeübten (bürgerlichen) Berufe als Rechtsanwalt, Archivar oder Handwerker zurück.

**12** Vgl. Frei 1986, S. 156-159; Vgl. Frei/Schmitz 1989, S. 191, vgl. Norbert Frei: *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt am Main 2002, S. 326-327.

**13** Der nachfolgende Abschnitt stellt eine knapp gefasste Zusammenfassung des zweiten Hauptkapitels meiner Dissertation dar, das die schleswig-holsteinischen Journalisten und Verleger zwischen Dissens und Konsens in den Jahren 1933-1945 untersucht. Vgl. Oddey 2006, S. 298-426. Grundlegend: Karl-Dietrich Abel: *Presselenkung im NS-Staat*, Berlin 1968, Oron Hale: *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965, ansprechend zusammengefasst bei Frei/Schmitz 1989 und in den Einleitungskapiteln der Edition von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert: *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, 7 Bde., München/ Oxford/ London/ Paris 1984-1998. Wegweisend für die regionale Aufbereitung des Themas *Presse im NS* vgl. u.a.: Norbert Frei: *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980, Gerd Meier: *Zwischen Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen 1920-1970*, Paderborn 1999, Peter Stein: „Für die Heimat und das deutsche Vaterland“. *Die Tagespresse in den Landkreisen 1918-1950*, in: Dirk Stegmann (Hrsg.): *Der Landkreis Harburg 1918-1949. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur*, Hamburg 1994, S. 93-112, Klaus Wernecke (Hrsg.): *Die Provinzpresse am Ende der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle der bürgerlichen Tageszeitungen am Beispiel der Region Osthannover*, in: *Presse und Geschichte II. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung*, München 1987, S. 365-404, für S-H: Mario Göhring: *Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem ‚Kampf um die Leserschaft‘ – Methoden der ‚Nazifizierung‘ der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg*, Kiel 1994 sowie Angaben zur Pressegeschichte in Lokalstudien zum NS in S-H.

**14** Vgl. zur Abgrenzung gegenüber der parteiamtlichen Zeitungskonkurrenz Oddey 2006, S. 323-345 sowie zur Auseinandersetzung mit den ministeriellen Sprachanweisungen ebd., S. 362-384; Göhring 1994, S. 166 und Frei/Schmitz 1989, S. 69. Zum Sonderfall ‚Flensburg Avis‘ vgl. René Rasmussen: *Jakob Kronika in Berlin 1939-1945*, in: *GFH 3* (2002), S. 25-43.

druckt, doch ist für Personen, deren journalistische Wurzeln in der NS-Zeit lagen, bezüglich ihrer Außenwirkung eher eine bereitwillige, „mustergültige“ demokratische Anstrengung festzustellen, mit der sie versuchten, ihre nationalsozialistische Vorgeschichte vergessen zu machen. Dass dieser Versuch aus Routine oder aus echter Bewunderung für die NS-Vergangenheit, insbesondere bei den erst nach 1933 in den Journalistenberuf eingestiegenen NS-Neulingen, die sich vor 1945 eher mit ihrem neuen Status als staatliche Öffentlichkeitsarbeiter hatten abfinden und anfreunden können, nicht immer gelang, steht auf einem anderen Blatt.<sup>12</sup>

**Erinnerung und Bewertung des Nationalsozialismus.**<sup>13</sup> Das unmittelbar mit dieser demokratischen Anstrengung verknüpfte Selbstbild der Masse der ehemaligen Journalisten und Verleger als eine zu Unrecht verfolgte Schicksalsgemeinschaft, das auch für andere Berufsgruppen charakteristisch war, basierte auf bestimmten Erinnerungs- beziehungsweise Wahrnehmungsmustern gegenüber dem Nationalsozialismus. Diese sind schon für die Zeit von vor 1945 bezeugt und stellen damit nicht allein eine aufgesetzte Entlastungsstrategie dar. Zu ihnen zählte vor allem eine Selbstbehauptung und Abgrenzung gegenüber der parteiamtlichen Zeitungskonkurrenz und ihren Emporkömmlingen einerseits und Kostproben journalistischer Spitzfindigkeit „zwischen den Zeilen“ im Umgang mit Sprachanweisungen des Reichspropagandaministeriums in Berlin andererseits.<sup>14</sup>

Insbesondere von NS-Emporkömmlingen grenzte sich das mehrheitlich etablierte regionale Zeitungspersonal bereits vor 1945 mitunter deutlich ab. Dabei wurde meist eine wertekonservative Familienideologie einem parteisoldatischem Bandengeist entgegengestellt. Selbst Generalanzeigerverleger stellten sich in diesem Zusammenhang gerne als „pater familias“ eines Familienbetriebs dar. Eine auf den Erhalt des status quo ausgerichtete Sozialmoral begründete ein berufliches Selbstverständnis, das einem ideologisch-politischem Leitbild der bei der Parteipresse beschäftigten Kollegen entgegenstand. Letztere präsentieren sich nach außen mitunter als „Granattrichtergemeinschaften“ oder praktizierten einen eigenen kulturellen Männerbundcode mit Bierabenden, die wenig Raum für die Darstellung sittsamer Bürgerlichkeit ließen. Vor allem aber ärgerten sich etablierte Journalisten und Verleger über ein spürbar verbessertes Selbstbewusstsein der NS-Emporkömmlinge, die sich, gerade noch „einfache Angestellte“, nun zu Betriebsführern emporschwangen und Einfluss auf die Sozialpolitik nahmen, also auf einen klassischen Herrschaftsbereich der Verlagsleitung als Arbeitgeber. Gleichzeitig empfanden es etablierte bürgerliche Journalisten in den Redaktionen als

demütigend, sich von ehemaligen Angestellten, die jetzt Parteiämter bekleideten, im Betrieb Vorschriften machen zu lassen und Kompetenzen und Zuständigkeiten an Berufsanfänger abtreten zu müssen. Den eigenen Status als Vasall neuer, ungeliebter und als inkompetent betrachteter Herren empfanden viele von ihnen als eine große Belastung, so dass sie Parteischützlinge häufig vorschnell und nicht immer gerechtfertigt als verkrachte Existenzen, Querulanten, Faulpelze, Säufer und Flegel bezeichneten, die jetzt mit dem Parteibuch herumfuchtelten.<sup>15</sup>

Stammtische in Restaurants und Privathaushalten, an denen dieser Unmut artikuliert wurde, funktionierten als Mittel einer symbolischen, defensiven konservativen Milieubewahrung. Sie dienten der Aufrechterhaltung einer doppelten Identität des bürgerlichen Zeitungspersonals aus unbedingter Loyalität nach außen und einer auch NS-kritischen Haltung nach innen. Die Loyalität gegenüber dienstlichen Anweisungen dabei ist unbestritten, denn Abweichungen kamen in der täglichen, mit Schere und Rotstift geführten Auseinandersetzung mit den einlaufenden Einheitspolemiken und zusammengeknoteten Satzungeheuern der Nachrichtenbüros nur ganz selten vor. Entscheidend für die Erinnerung an den Zwangscharakter der Anweisungen aus Sicht des Zeitungspersonals war damit eher die ständige Kontrolle und latente Bedrohung, die über der journalistischen Tätigkeit schwebte, und dem Personal das Gefühl gab, zum „Hakenmacher“ degradiert worden zu sein.

Am wichtigsten für die Bewertung des Nationalsozialismus durch die Untersuchungsgruppe aber war dessen Fehldeutung als vermeintliches Bollwerk gegen Wettbewerb und Moderne. Trotz faktischer parteipolitischer Neutralisierung mittelständisch protektionistischer Elemente zugunsten von Aufrüstungspolitik und großindustriellen Interessen wurde die NS-Herrschaft 1933 bis 1936 mehrheitlich als Sieg kleinbürgerlicher Arbeitsmoral über die Macht des industriell bestimmten Wettbewerbs empfunden. Außerdem wurde der kaufmännische Bereich in den ersten Jahren nach 1933 anders als der der Redaktion zunächst kaum reglementiert. Spätere Gleichschaltungs- und Konzentrationsbewegungen des Pressemarktes schienen noch dazu an der Heimatblattpresse vorbeizugehen und sich eher gegen auflagenstärkere Konkurrenzblätter zu richten. Zeitgleich stiegen die Auflagen. Umso größer war dann die Enttäuschung und Verbitterung der von der Wucht der totalitären Gleichschaltung ebenfalls getroffenen bürgerlichen Heimatzeitungen während der Kriegszeit. Die Kriegsstilllegungen von Betrieben waren ein einschneidendes, als existentiell empfundenes Kollektiveignis für die Kleinverleger: Den ihnen per Post zugestellten Einstellungsbescheiden lag teilweise noch ein Einberufungsbescheid bei, der ihnen im ungewohnten Kommandoton mitteilte, dass ein Beschwerdeverfahren rechtlich nicht vorgesehen sei. Das empfanden viele Kleinverleger als eine Zumutung. Einige von ihnen machten ihrem Ärger Luft und stellten in ihren letzten Ausgaben fest: Ihr Blatt hätte Generationen kommen und gehen sehen. Man sage nicht

**15** Vgl. regionale Beispiele für Lübeck, Rendsburg, Altona und Flensburg bei Oddey, S. 2006; S. 385-405. Zu Altona vgl. vor allem die im Unternehmensarchiv der Axel Springer AG überlieferten Erinnerungen des ehemaligen Chefredakteurs der Altonaer Nachrichten, Edgar Walsemann. Zu Auseinandersetzungen in der Redaktion der Flensburger Nachrichten vgl. die Lebenserinnerungen bzw. den Nachlass der ehemaligen Chefredakteure Froebe und Schroeder in StaFl XII HS 1766, Bd. 1.

**16** Vgl. dazu wiederum: Oddey 2006, S. 406-421. Entsprechende Beschwerden finden sich ausgesprochen häufig in den Anlagen der Entnazifizierungsakten der Journalisten und Verleger. Bekannte Fälle u.a. für Rendsburg und vor allem Bad Oldesloe, wo der Verleger Otto Schütte einen langjährigen, fortgesetzten „Kampf“ gegen die NSDAP-Kreisleitung führt und seinen Betrieb schließlich 1943 schließen musste.

**17** Als ein weiteres Beispiel wäre das des Brunsbüttelkooger Kleinverlegers Hinz zu nennen, der sich vor 1933 für die DDP engagiert hatte und der, nach der Vehemenz und Ausdauer des von ihm vorangetriebenen Wiedergutmachungsverfahrens zu schließen, davon überzeugt war, dass die ihm 1943 zugemutete Zwangsschließung seines Betriebes durch die Nationalsozialisten auf politische Gründe zurückzuführen war. Vgl. das Wiedergutmachungsverfahren von Hugo Hinz in: LAS Abt 761/19777.

**18** Insbesondere ehemalige „Schutzpersonen“, die für Verlag und Verleger während der NS-Zeit wichtige Beziehungen zu politischen und staatlichen Stellen hielten, wurden innerbetrieblich integriert und von ihren ehemaligen Verlegern oder Redaktionskollegen, gewissermaßen als Belohnung für ihre vor 1945 erwiesenen Dienste und Gefälligkeiten per „Persilschein“ belohnt. Vgl. Haese/Prawitt-Haese 1994, S. 121, ebenso Auskunft fast sämtlicher Interviewpartner. Integration u.a. von Puhmann in Rendsburg, Will in Segeberg, Michel und Pautz zunächst in Schleswig, später in Flensburg. Lediglich Brandt, Ehlers und Jensen mussten – genauso wie die ehemaligen Parteiblattrucker Pramor und Rucks – auf ihre alten kaufmännischen Berufe außerhalb der Verlagsbranche ausweichen. Ausstellung von „Persilscheinen“ vom Hamburger Verleger Broschek für Brinkmann, Heydorn für Buchholtz, Michels und Heinrich für Ehlers, Thomas und Sothmann für Fischer, Zacchi für Sieck, Dotzer für Michel. Vgl. das Personensample, dort vor allem die Spalte „Entnazifizierungshelfer“ im Anhang von Oddey 2006. Gleichzeitig stellten im Gegenzug ehemalige nationalsozialistische Emporkömmlinge, aber auch politisch unbelastete Kollegen, ihren Verlegern Leumundzeugnisse aus, u.a. Beck für Colemann, Zacchi für Wachholtz, Entmayr für Hermann, Müller, Gregori und Behschnitt für Möller. Auch bereits aus der Zeit von vor 1945 bekannte Konflikte zwischen etablierten bürgerlichen Journalisten und NS-Aufsteigern setzten sich fort, die sich wie im Fall von Puhmann und Müller in Rendsburg offenbar selten gegenseitig deckten, wohingegen sich Belastete wie Michel und Ehlers gegenseitig „Persilscheine“ ausstellten. Ehemalige politisch unbelastete Kollegen, die nach 1945 bereits wieder politische Ämter bekleideten, waren als Entnazifizierungshelfer besonders begehrt. Das scheint u.a. für den Segeberger Journalisten und späteren Kommunalpolitiker Jakoby gegolten zu haben, der sowohl seinem ehemaligen Verleger Wulf als auch Wachholtz in Neumünster und Boyens in Heide ein Leumundzeugnis ausstellte.

„Lebewohl“, sondern „Auf Wiedersehen“. Die Betriebschließung interpretierten sie damit milieugerecht als politische Bestrafung und nicht als kriegswirtschaftliche Rationalisierung.<sup>16</sup>

Die Antastung dieses identitätsstiftenden Selbständigensstatus steht im Zentrum kleinverlegerischer Erinnerung an den Nationalsozialismus. Schließlich gehörte die Pflege und Weitergabe von Lebensstil und Besitz zu den Grundfesten ihrer Weltanschauung. Auf Betrieb und Verlagsrecht glaubten sie einen erbrechtlichen Anspruch zu besitzen. Und nach Jahrzehnten unternehmerischer Selbständigkeit fanden sich einige Verleger nun als Briefestempler auf dem Postamt oder, noch schlimmer, in der Wehrmacht wieder. Ihr „Lebenswerk“ gleichzeitig an die anonyme und als manipulativ wahrgenommene Parteipresse „verhöckern“ zu müssen, betrachteten viele von ihnen als zusätzliche Zumutung. Ein Kleinverleger, der sein Blatt als letzten Akt der Selbstbehauptung an einen bürgerlichen Kollegen zu verkaufen versuchte, musste mit dem Unmut lokaler NS-Funktionäre rechnen, die wie in Mölln Parteiausschlussverfahren oder einen Arbeitseinsatz am Friesenwall erwirkten.<sup>17</sup>

### **Nachnationalsozialistische Solidargemeinschaft.**

Der den Entnazifizierungs- und Lizenzierungsverfahren inhärente Vorwurf, die bürgerliche regionale Presse sei generell mitschuldig am Aufstieg der NSDAP gewesen, hatte angesichts der bereits in der Kriegszeit ausgebildeten Überzeugung, von Politik und Nationalsozialismus „hereingelegt“ worden zu sein, „unter Kollegen“ nach 1945 schon früh betriebs- und kreisübergreifende Solidarisierungseffekte ausgelöst. Sie führten in der Verbindung mit der Notwendigkeit, Leumundzeugnisse für die Entnazifizierungsverfahren zu beschaffen, zu teils erstaunlichen Allianzen. Das galt vor allem dann, wenn ehemalige Belastete – teils schon seit vor 1933 – fest ins regionale Milieu eingebunden waren. Bei fast allen Zeitungen soll eine ausgesprochene kollegiale Solidarität mit den ehemaligen, schon unter dem Nationalsozialismus beschäftigten Journalistenkollegen der Regelfall gewesen sein. Lediglich eine Minderheit musste auf bereits vor 1933 ausgeübte Berufe ausweichen, weil sich persönliche Konflikte zwischen etablierten bürgerlichen Journalisten und ehemaligen NS-Emporkömmlingen aus der Zeit von vor 1945 fortsetzten.<sup>18</sup>

Eine nachnationalsozialistische Solidargemeinschaft auf Grundlage eines eng geknüpften Ehemaligennetzwerkes bestand auch bei den *Kieler Nachrichten* – der



auflagenstärksten Zeitung in Schleswig-Holstein. Das lag vor allem an der Tatsache, dass sich bürgerliche und nationalsozialistische Kollegen nach der Fusion der bürgerlichen *Kieler Neuesten Nachrichten* mit dem NS-Parteiblatt *Nordische Rundschau* von 1941 bereits von einer mehrjährigen Zusammenarbeit her kannten. Einige hatten schon ihr Volontariat bei dem Verleger der *Kieler Nachrichten*, Curt Heinrich, absolviert, der seit 1931 Parteimitglied der NSDAP und „Ortsgruppenleiter“ im Kreis Rendsburg gewesen war. Sein frühes Engagement hatte sich für Heinrich später ausgezahlt: NSDAP-Gauleiter Lohse unterstützte Heinrich gegen Verbotsforderungen der parteiamtlichen *Rundschau* und überführte als einziger „Gauleiter“ die in seinem „Gau“ auflagenstärkste Zeitung lange Zeit nicht in Parteibesitz.

Die ehemaligen lokalen und provinziellen NS-Funktionäre erinnerten sich jetzt im Bemühen, ihre beruflichen Karrieren fortzusetzen, an ihren ehemaligen Parteigenossen Heinrich. Dieser besaß nach Klärung seiner Angelegenheiten in einem spektakulären Untersuchungsausschussfall wieder den auflagenstärksten Zeitungsverlag des Landes und hatte sich 1951 politisch bereits wieder vollständig rehabilitiert. Heinrich unterstützte die Integration politischer Belasteter in seinen Verlag. Dazu zählten vor allem ehemalige *NS-Rundschau*-Mitarbeiter, unter anderem der ehemalige NS-Gauverlagsgeschäftsführer Hellmuth Jäger. Ein weiterer exponierter NS-Vertreter in den Reihen des Kieler Zeitungsverlags war der „Landrat a.D.“ und ehemalige Rendsburger NSDAP-Kreisleiter Julius Peters, der 1951 als Gesellschafter in die Kieler Zeitung KG eintrat.<sup>19</sup> Peters zeichnete auch die in den KN erscheinende Todesanzeige für Heinrich. Er hatte schon vor 1945 Kontakte zwischen Heinrich und dem ehemaligen NS-Gauleiter Lohse vermittelt, die Heinrich 1942 steuerliche Vorteile gebracht hatten. Zum Ausgleich ließ Heinrich Lohse für sein zuvor gezeigtes Entgegenkommen nach 1945 jetzt monatliche Apanagezahlungen zukommen.<sup>20</sup>

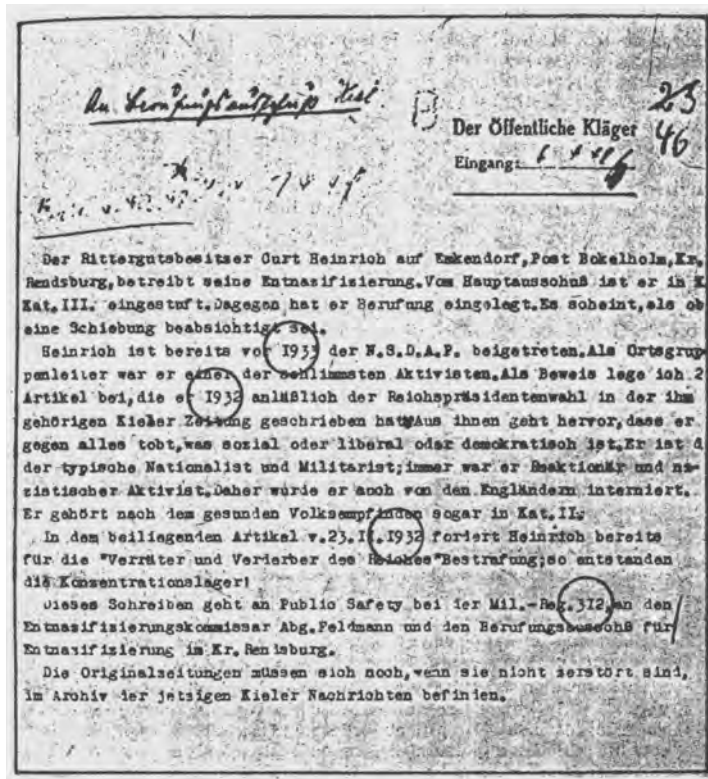
Auch der schleswig-holsteinische Journalistenverband stützte alte Seilschaften und damit die Rückkehr politisch belasteter Kollegen. Er verfolgte dabei eine Personalpolitik, welche die verstärkte Aufnahme von jüngeren, NS-unbelasteten und meist erst nach 1925 geborenen Kollegen erschwerte und mit den Worten kommentierte „Das würde [...] eine schwere Benachteiligung der Kollegen bedeuten, die über eine jahrzehntelange Praxis verfügen und nur während der N.S. Zeit ihren Beruf ausübten.“<sup>21</sup> Schließlich hatte erst in den 1930er Jahren in einer Reihe von (kleineren) Verlagen ein Generationswechsel vom Vater auf den häufig für die NSDAP politisch aktiveren Sohn stattgefunden. Und die in dieser Zeit neu in verantwortliche Position drängenden, meist um 1900 geborenen Söhne übten ihren Beruf auch noch in den 1950er Jahren aus, bis sie ihre Kleinbetriebe häufig im Zuge der auch auf dem regionalen schleswig-holsteinischen Pressemarkt in den 1960er Jahren verstärkt einsetzenden Konzentrationstendenzen einstellen mussten. Auch bei der auflagenstärkeren General-Anzeigerpresse zeichneten sich um 1960 bedeu-

**19** Vgl. Todesanzeige für Dr. Curt Heinrich in KN vom 8.6.1959 sowie den Auftritt Peters „in Ausübung der Verlegerrechte für die Erben von Dr. Curt Heinrich“ bei der Verabschiedung des KN-Chefredakteurs Theodor Dotzer, in: KN vom 21.12.1966. Vgl. auch Protokoll Sitzung Wiedergutmachungskammer am Landgericht Kiel vom 29.3.1951, in: LAS Abt. 352, LG Kiel, 7666. Peters kümmerte sich auch um die Deutung der Geschichte des Kieler Zeitungsverlags, organisierte beispielsweise die Materialbeschaffung für eine Dissertation über Altverleger Heinrich. Vgl. Otzen, Katharina: Lizenzpresse, Altverleger und Politik. Kontroversen um die Kieler Nachrichten in den Jahren 1945-1952, St. Augustin 1980, S. 255.

**20** Die ehemaligen Parteijournalisten Hempelmann, Fröbe, Rix und List, die alle zuvor für die *Nordische Rundschau* gearbeitet hatten, arbeiteten genauso für den Kieler Zeitungsverlag wie der ehemalige Gauverlagsgeschäftsführer Hellmuth Jäger. „Entnazifizierungshelfer“ Heinrich versuchte erfolgreich nachzuweisen, dass ihm seine Verlagsanteile an den KNN 1942 zwangsweise genommen wurden. Tatsächlich erhielt Heinrich, nachdem er in erster Instanz abgewiesen worden war, am 20. Mai 1951 in einem gerichtlichen Vergleich gegen Zahlung von 25 000 DM seine 51% Gesellschaftsanteile am Kieler Zeitungsverlag zurück. Vgl. Haese/Prawitt-Haese 1994, S. 151; vgl. auch LAS 605/401. Vgl. auch Protokolle LG-Verfahren gegen Heinrich, in: LAS Abt. 352, LG Kiel, 7666. Zum „KNN-Fall“ vgl. wiederum: Haese/Prawitt-Haese 1994, S. 138-173.

**21** Vgl. die unverzeichneten Akten des schleswig-holsteinischen Journalistenverbandes, Ordner „Berufs- und Ehrengerichte“.

Ein anonym Brief denunziert 1946 den Kieler Zeitungsverleger Heinrich als NS-Aktivisten. Eine kriminaltechnische Untersuchung kommt aufgrund der eingekreisten schreibtypischen Besonderheiten zu dem Ergebnis, dass er auf der Schreibmaschine des CDU-Landesvorsitzenden Carl Schröder geschrieben wurde, der eigene finanzielle Interessen am Kieler Zeitungsverlag besaß. (LAS 605/401-402)



Dr. Kurt Heinrich (1888-1959), Verleger der Kieler Nachrichten, an seinem Schreibtisch auf Gut Ehmendorf (abgedruckt bei Haese/Prowitt-Haese 1994, S. 140). Bei der früh selbst nazifizierte Kieler Zeitung greift Verleger Dr. Curt Heinrich neben der Hauptschlagzeile „Nur Hitler! Das Ruder hart rechts!“ exponiert auf Seite eins am 12.3.1932 persönlich zur Feder. Heinrich bezeichnet den Reichspräsidentenwahlkampf als „Schlacht um zwei Weltanschauungen“. Hindenburg gilt ihm als Kandidat der „international, atheistisch-pazifistischen Partei des klassenkämpferischen Großstadtproletariats“, Hitler dagegen als Kandidat und neuer Martin Luther des national „erwachenden Deutschlands“.



tende einschneidende personelle Veränderungen durch das Ausscheiden von Altverlegern ab.<sup>22</sup>

**Geistiger Wandel.** Mit dem personellen Wandel fiel auch ein geistiger zusammen, der eine unbeschränkte Pressefreiheit und eine Abkehr vom bisherigen Konzept des national integrativen Konservatismus für die Massengesellschaft einforderte: Bereits 1953 hatte sich Augsteins *Spiegel* gegen die Pläne von Adenauers Staatssekretär Otto Lenz für ein Informationsministerium zu Wort gemeldet. 1961 hatte der spektakuläre Jerusalemer Prozess gegen den ehemaligen Leiter des „Judenreferats“ im „Reichssicherheitshauptamt“, Adolf Eichmann, den Holocaust in den Blickpunkt auch der deutschen Öffentlichkeit gerückt. 1962 war das Jahr der „Spiegelaffäre“, mit der sich die Etablierung einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik verband. Eine kritische Presse galt einem größeren Publikum fortan als notwendiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft und nicht als Element sozialer Zersetzung: „Spiegel tot – Freiheit tot“ konnte man auf Spruchbändern von Demonstranten lesen, zu denen neben Professoren, Künstlern und Schriftstellern jetzt auch Journalisten und Verleger mit neuem beruflichen Selbstverständnis zählten. Sie fühlten sich auch in Schleswig-Holstein zunehmend weniger dem Familienverlagswesen verpflichtet, wenn sich dieser geistige Wandel im Lokaljournalismus einer agrarisch strukturierten Region auch langsamer ausgewirkt haben dürfte als an großstädtischen Medienstandorten.<sup>23</sup> Angesichts des in den 1960er Jahren ungefährdet erfahrenen Wohlstandes verlor die Erfahrung unzensurierter Kritik an den politischen Verhältnissen ihren Schrecken. Das Publikum war „reif“ für die Kritik.

Die ernsthafte Auseinandersetzung des westdeutschen Journalismus mit seiner eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit vollzog sich aber erst in den 1980er Jahren, als ein Großteil der untersuchten Zeitungen und ihr verantwortliches Personal bereits bundesweiten Konzentrationstendenzen zum Opfer gefallen war. Sie richtete sich beispielsweise gegen den Schreibtischtäter Werner Höfer, den Moderator des längst weltoffen liberalen „Internationalen Frühschoppens“, dessen fern jeglicher Selbstkritik geäußerte, reflexartige Schutzbehauptungen, alles sei ihm von oben in seine Artikel hineinredigiert worden und er habe mitgemacht, um – wenn auch in bescheidenem Umfang – Schlimmeres zu verhindern, ihm die Öffentlichkeit nicht mehr abnahm.<sup>24</sup> Wer weiterhin mit brauner Weste an verantwortlicher Position Journalismus betrieb, sah sich nicht selten dem Generaltäterverdacht der anstürmenden, ehemaligen „Achtundsechziger“ mit ihren hoch gelegten moralischen Messlaten ausgesetzt. Der (selbst)kritische Umgang mit der NS-Vergangenheit prägte fortan in signifikanter Weise das Selbstverständnis der politisch und medial Verantwortlichen und deren Kommunikationsstil.<sup>25</sup>

**22** Vgl. das Untersuchungssample „Personen“, Merkmale „Geburtsjahr“ und „Verbleiben nach 1945“ im Anhang von Oddey 2006. In Flensburg gingen sowohl der Chefredakteur des Flensburger Tagblatts Hanno Schmidt als auch sein Kollege von Flensburg AVIS, L.P. Christensen, in den Ruhestand. Bereits 1952 war der Flensburger Verleger Ferdinand Möller, 1962 der Verleger Wachholtz aus Neumünster und 1964 der Verleger Struve aus Eutin verstorben. Bei den Kieler Nachrichten starb 1959 der Altverleger Dr. Curt Heinrich. 1966 verabschiedete sich der langjährige KN Chefredakteur Theodor Dotzer. 1961 verstarb der Lizenznehmer der Volkszeitung und Landespressenausschussvorsitzende Karl Ratz.

**23** Vgl. Axel Schildt: *Dynamische Zeiten*. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 40. In Schleswig-Holstein zu Beginn der 1960er Jahre offenbar noch beschränkt auf einzelne Zeitungen und Chefredakteure wie zeitweise in der Chefredaktion der Husumer Nachrichten. Vgl. Steensen, Thomas: *Geschichte und Gegenwart der Husumer Nachrichten*. Ein Blick auf die Entwicklung der Presse in Nordfriesland, in: *Nordfriesland 79/8 – Bd. 20, 2/1987*, S. 73-80, S. 78. Schon zuvor waren in Einzelfällen Konflikte zwischen durch den Nationalsozialismus schon vor 1945 desillusionierten Vertretern und älteren, politisch belasteten Kollegen möglich. Vgl. etwa die Auseinandersetzungen zwischen dem 1937 bei den Schleswiger Nachrichten entlassenen Franz Götte als Vorsitzenden des BerufsgERICHTES der schleswig-holsteinische Presse in den Jahren nach 1945 und Otto Pautz als exponierten Vertreter der NS-Partei-Presse, den Götte für seinen Stellenverlust in der NS-Zeit verantwortlich machte, in den unverzeichneten Akten des schleswig-holsteinischen Journalistenverbandes, Ordner „Berufs- und Ehrengerichte“.

**24** Vgl. Weiß, in: Frei 2002, S. 292-299.

**25** Vgl. ebd., S. 329-335. Dieser (für Schleswig-Holstein) noch weitgehend unerforschte, tiefgreifende geistige und strukturelle Wandel kann an dieser Stelle nur angedeutet werden. Ein ganz Schleswig-Holstein bearbeitendes Strukturwandelprojekt, das in einem Schwerpunkt auch die Entwicklung des regionalen Pressemarktes und seines Personals untersucht, wird die notwendige Arbeit noch leisten müssen.

**26** 1969 stand in 75% aller deutschen Tageshaushalte ein Fernsehgerät, 1955 war das erst in weniger als 5% der Fall gewesen. Während 1954 durchschnittlich 46% der Gesamteinnahmen aus Anzeigen bestritten wurden, waren es 1975 bereits 65%. Vgl. Heinz Pürer: Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch, Konstanz 2003, S. 233.

**27** Vgl. Jürgen Wilke: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 112-113.

**28** Vgl. Gerd Koppe: Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen und Strukturbedingungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945-1970, Düsseldorf 1972, S. 128, S. 140-141. In Pinneberg wurde die bereits seit 1943 bestehende OHG, die als Kooperation zwischen Pinneberg, Elmshorn und Uetersen die Holsteiner Nachrichten verlegt hatte, von den beteiligten Verlegern (Beig, Koch und Heydorn) nach 1945 wiederbelebt. U.a. waren die Kleinverleger Paustian aus Bad Bramstedt und Hinz aus Brunsbüttel dem Pinneberger Ring angeschlossen, denen die Pinneberger Zentrale Kreisnachrichten teilweise bereits im Stehsatz vorgefertigt zur Verfügung stellte. Die übersichtlichen, von den Kleinzeitungen im Eigensatz gefertigten Lokalbeiträge sind noch bis in die 1950er Jahre hinein an alten Frakturschriftumbrüchtypen zu erkennen. Eine rechtzeitige Bereitschaft zur Kooperation mit der Lizenzpresse war häufig gleichbedeutend mit einem längeren wirtschaftlichen Überleben als unabhängig erscheinender Zeitungstitel. Vgl. Untersuchungssample Zeitungen im Anhang von Oddey 2006.

**Konzentration.** Nicht nur das berufliche Selbstverständnis, sondern vor allem auch der Markt und seine Produkte änderte sich nach 1945: Personelle Kontinuitäten konnten langfristig gesehen einen bereits durch die Modernisierungsbemühungen des Nationalsozialismus und die Lizenzierungsphase forcierten, schon in den wirtschaftlichen Entwicklungen der 1920er Jahre erkennbaren Strukturwandel des regionalen Pressemarktes nicht verhindern. Der Konkurrenzkampf nach den Gesetzen des freien Marktes entwickelte sich nach 1950 schnell zu einem Verdrängungswettbewerb, weil der Markt übersättigt war und die Nachfrage weiter zurückging.

Zwar gediehen vorgeblich unpolitische Zeitungstypen wie die General-Anzeiger- und Heimatblätter in einem Klima der Politikmüdigkeit im Vergleich zur sozialdemokratischen Parteipresse gut. Eine Heimatzeitung konnte aber nicht einfach dort weitermachen, wo sie vor 1945 aufgehört hatte und weiterhin mit Schere und Kleistertopf eine Lokalzeitung machen. Langfristig im gesamten Bundesgebiet um sich greifende Konzentrationstendenzen machten auch vor Schleswig-Holstein nicht Halt. Viele Leser, insbesondere aufstiegsorientierte Flüchtlinge, ließen sich jetzt nicht mehr mit hausbackenen Korrespondenzen und glorifizierendem Heimatpathos abspesen. Die Konkurrenz durch das Fernsehen und rückläufige Anzeigeneinnahmen infolge der Rezession von 1966/67 führten dazu, dass ein struktureller Wandel auf der Leistungsebene moderner Wirtschaftlichkeit unerlässlich erschien, weshalb das Leitbild des Selbständigenstatus zunehmend mit den ökonomischen Realitäten in Konflikt geriet.<sup>26</sup>

Um langfristig wirtschaftlich mithalten zu können, mussten notwendige technische Investitionen getätigt werden, die für viele kleine, auflagen- und kapitalschwache Zeitungen nicht finanzierbar waren. Ein 1951 mit über 15 Millionen DM als Ableger des Marshall-Plans (ERP Programm) aufgelegtes Kreditprogramm kam vor allem der ehemaligen Lizenzpresse zugute.<sup>27</sup> Der Anschluss von Heimatblattverlegern an zuvor von ihnen teils verteilte Anzeigen- und Vertriebskooperationen mit der Lizenzpresse, aber auch an Redaktionsgemeinschaften, die wie der *Pinneberger Ring* oder der *Hamburger Gemeinschaftsverlag norddeutscher Heimatzeitungen* den überregionalen Mantel für die ihnen angeschlossenen Kleinzeitungen mit Auflagen unter 5000 Exemplaren gemeinschaftsredaktionell erstellten, war unvermeidlich.<sup>28</sup>

Zum geistigen Wandel trat somit ein sozioökonomischer: Angesichts eines ungefährdet erfahrenen Wohlstandes des unternehmerischen Mittelstandes und verstärkt durch die Einkommensteuerreform von 1958, die ihn zusätzlich entlastete, hielten immer weniger Verleger am früheren Leitbild des Selbständigenstatus fest. Nur noch Geschäftsführer zu sein, war jetzt nicht mehr mit einem Prestige- und Einkommensverlust verbunden und die kategorische Abgrenzung des ehrbaren Handwerks zur Industrie

wandelte sich teils in eine Partnerschaft. Insgesamt bot das politikmüde Klima der 1950er Jahre dem Kleinunternehmer und der regionalen Heimatpresse damit gute Entfaltungsmöglichkeiten.<sup>29</sup>

Die Altverleger der Heimatblätter hatten zudem gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der ehemaligen Lizenzpresse, die fast fünf Jahre mit Bezirksausgaben in ihren angestammten Verbreitungsgebieten gewildert hatte, häufig einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil aufzuholen. Nicht nur das wirtschaftliche – etwa bei Auflagenhöhe, Druckqualität und Vertriebsorganisation –, sondern auch das publizistische Potential der Lizenzpresse und ihrer Bezirksausgaben war in der Regel höher als das der Heimatblätter. Die Lizenzpresse verfügte über eine Vollredaktion mit Journalisten in allen wichtigen Ressorts und über lokale Berichterstatter vor Ort, die ihr seit 1946 zugearbeitet hatten.

Auch Kleinzeitungen waren teils anders als noch vor 1945 gezwungen, mindestens einen Redakteur zu beschäftigen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Leser hatten sich in der Zeit der Lizenzpresse an einen zuverlässigeren Vertriebservice und eine bessere drucktechnische und journalistische Qualität ihrer Zeitung gewöhnt. Sie ließen sich daher jetzt weniger häufig mit altbackenen Matern oder auf dem Postweg eingegangenen Korrespondenzen abpeisen. Politisch Interessierte mit höherem Bildungsabschluss, wohlhabende Altersresidenten, Anhänger der Sozialdemokratie, vor allem aber aufstiegsorientierte, partizipationsfreudige Ortsfremde, unter ihnen Flüchtlinge und Vertriebene, wandten sich tendenziell eher der ehemaligen Lizenzpresse zu, wohingegen das stärker lokal interessierte und verwurzelte Bauerntum mehrheitlich die Lokalblätter der Altverleger bevorzugte. Insbesondere die Geschäftsleitung kleinerer Betriebe, die sich modernen Standards wie der Bilanzrechnung und doppelten Buchführung noch bis in die 1970er und 1980er Jahre hinein verschlossen zeigten, erscheint in der Erinnerung mehrerer Zeitgenossen als eine „Kartoffelgroßhandlung“.

Das von den Altverlegern in ihren Blättern schon unmittelbar im Zusammenhang mit ihrem neuen Marktzutritt über die 1950er Jahre hinweg ungebrochen glorifizierende Heimatpathos reichte daher nicht mehr aus, damit ausreichend viele Leser ihre Druckerzeugnisse auch kauften.<sup>30</sup> Die Kleinverleger wurden trotzdem noch in den 1960er Jahren nicht müde zu betonen, dass die Bezirksausgaben der ehemaligen, unter angeblich fremdem, großstädtischem Einfluss stehenden Lizenzpresse nicht über das notwendige Ausmaß der durch ihre Blätter repräsentierten Qualitätskriterien verfüge: Repräsentant der Heimat, ihrer Kultur und Geschichte bleibe, wie der Name bereits anzeige, einzig und allein die Heimatblattpresse. Dass diese Interpretation angesichts der auch im Lokalteil meist besseren publizistischen Qualität der Lizenzzeitungen aufgesetzt und ökonomischen Interessen der Heimatblattverleger geschuldet war, liegt auf der Hand. Die Argumentation der Heimatblattverleger war teils die genau die gleiche, die Heimatblattverle-

**29** Vgl. Heinrich August Winkler: *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*, Köln 1972, S. 187-189.

**30** Vgl. als ein Beispiel von vielen die Wiederaufnahme der Erscheinens der Uetersener Nachrichten vom 1.10.1949, insbesondere den Kommentar des Altverlegers „Zum Geleit - Es ist wieder da, das alte Heimatblatt“, in dem die Heimatblattpresse als „ein echtes Spiegelbild unseres heimatlichen Lebens“ präsentiert wurde, das auf das Fernziel „Deutschland, up ewig ungedeelt“ hinarbeite und auch Flüchtlinge ansprechen sollte.

ger vor 1945 der größeren Konkurrenzzeitung und später der parteiamtlichen Presse entgegengestellt hatten.

Gegen in den 1960er und 1970er Jahren bundesweit verstärkt greifende Konzentrationstendenzen auf dem Pressemarkt halfen alle diese Anpassungsleistungen auf Dauer wenig. Zwischen 1960 und 1986 wurde daher ein Großteil der ehemals selbständigen und unabhängig wirtschaftenden Kleinzeitungen von der Zeitungskonkurrenz aus den Kreisstädten und den kreisfreien Städten geschluckt, als deren Kopfblatt- oder Nebenausgaben sie fortan erschienen.<sup>31</sup> Damit setzten sich in einer ersten Konzentrationswelle bis in die frühen 1970er Jahre hinein teils bis auf Kreisebene hinab Konkurrenzsituationen und Konzentrationstendenzen aus der Zeit von vor 1945 fort, die im Wesentlichen durch den Stand von 1943 nach Abschluss der kriegswirtschaftlich bedingten Betriebsstilllegungen bereits vorgezeichnet worden waren. Eine besonders umfassende Konzentrationsbewegung fand zusätzlich im Hamburger Umland statt. Hier konnte der bekannte Hamburger Großverleger Axel Cäsar Springer an Bemühungen seines ehemaligen Konkurrenten Johannes Kröger und dessen *Norddeutschen Nachrichten* anknüpfen und Kopfblätter unter anderem in Wedel, Kaltenkirchen, Ahrensburg und Bad Oldesloe herausbringen. Der Konzentrationsprozess des schleswig-holsteinischen Zeitungsmarktes fand in einer zweiten Konzentrationswelle seit den 1970er Jahren Mitte der 1980er Jahre mit dem Verkauf der *Rendsburger Landeszeitung* und 2001 des Holsteinischen Couriers an den zwischenzeitlich gegründeten *Schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag* (sh:z) in Flensburg seinen (vorläufigen) Abschluss. 2006 noch wirtschaftlich unabhängig erscheint die *Dithmarscher Landeszeitung* aus Heide. Zwischen dem Hamburger und dem Flensburger Pol bildeten auch die *Kieler Nachrichten* und die *Lübecker Nachrichten* Kopfblattstrukturen in den an ihren Erscheinungsort angrenzenden Landkreisen aus. Die ehemals selbständigen Lokalzeitungen erscheinen dabei als Beilagen der Mutterzeitungen. Zwischenzeitlich erwarb das Haus Springer in den 1990er Jahren Beteiligungen an den beiden Zeitungen aus Kiel und Lübeck.<sup>32</sup> Der wirtschaftliche Grundstein des sh:z war schon während der 1930er Jahre durch den Ankauf der Zeitungen aus Leck, Niebüll und den Nordfriesischen Inseln durch die *Flensburger Nachrichten* gelegt und in der Lizenzierungsphase gefestigt worden, als das *Flensburger Tageblatt* den Nordwesten Schleswig-Holsteins bediente.

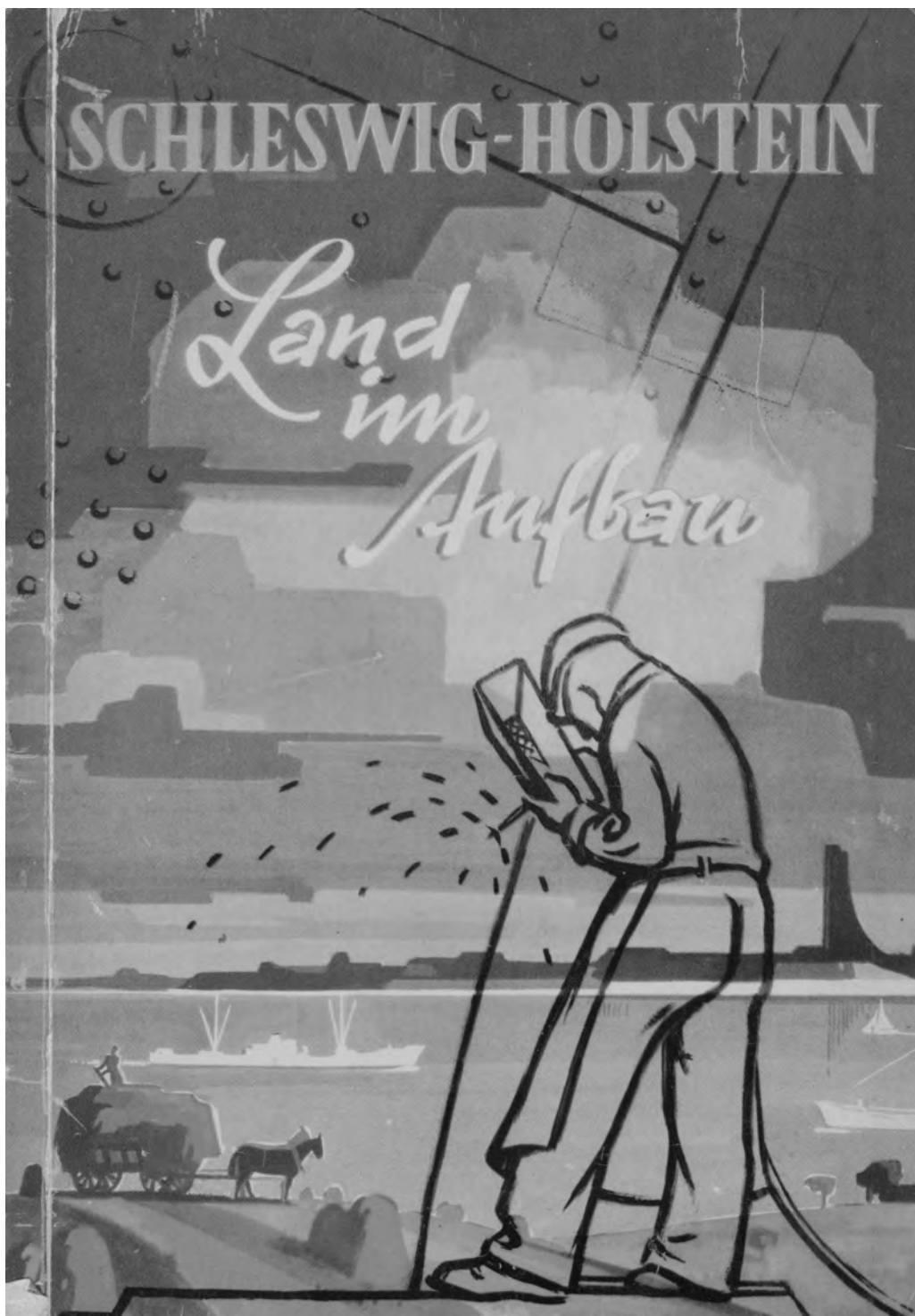
Die Gründung und Entwicklung des heutigen *Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags* mit seinem Markenzeichen „Schleswig-Holstein“ aber ist Ergebnis des Abwehrkampfes gegen den Einfluss großstädtischer, „landesfremder“, marktbeherrschender Konzerne, vor allem aus Hamburg. Als 1970 die Itzehoer *Norddeutsche Rundschau* an den Hamburger Bauer-Verlag verkauft wurde, verpflichtete sich die Mehrzahl der schleswig-holsteinischen Verleger, im Verkaufsfall ihr Haus zunächst Kollegen oder Gesellschaften im Land anzubieten. Mentalitätsgeschichtlich betrachtet war diese als landestypisch aufgewertete kollektive Verweigerungshaltung, die –

**31** Zunächst vor allem bei den Kieler Nachrichten, den Lübecker Nachrichten, dem Flensburger Tageblatt, den Husumer Nachrichten, der Itzehoer Norddeutschen Rundschau, dem Holsteinischen Courier, dem Pinneberger Tageblatt, der Dithmarscher Landeszeitung aus Heide und der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung aus Rendsburg. Auch die sozialdemokratische Parteipresse in Kiel und Lübeck fiel 1969 diesem Konzentrationsprozess zum Opfer.

**32** Im Detail unzuverlässige Informationen zum Konzentrationsprozess auf dem schleswig-holsteinischen Pressemarkt finden sich bei Kopper 1972 und in den einzelnen zeitungsbio-graphischen Kapitel bei Haese/ Prawitt-Haese 1994. Eine Arbeit, welche die Konzentrationsbewegungen wissenschaftlich untersucht, steht noch aus.

soweit das unter den Rahmenbedingungen eines totalitären Staates möglich war – schon vor 1945 gegenüber den Aufkaufbemühungen der überregionalen *Vera* GmbH eingeübt worden. Die schleswig-holsteinische Prägung ist heute auch dafür mitverantwortlich, dass mögliche Zugewinngebiete am auf die Hansestadt ausgerichteten Hamburger Rand weitgehend der Hamburger Presse überlassen werden müssen.

Abschließend gilt es zusammenfassend festzuhalten, dass nicht nur mentale, personelle und strukturelle Momente, sondern auch die in den Entlastungsverfahren geäußerten, später stärker verinnerlichten Exkulpationsversuche und Absetzbewegungen vom Nationalsozialismus bereits aus der Zeit von vor 1945 bekannt sind. Ich möchte damit also für den in Rede stehenden Bruch von 1945 vor allem Kontinuitäten feststellen. Diese Feststellung ändert aber nichts daran, dass die Mitarbeit im Pressewesen in der Zeit zwischen 1933 und 1945 mehr als nur Befehlsgehorsam und Mitläufertum ohne Eigenverantwortung einforderte. Vielmehr stand ein Journalist gegenüber seinen Lesern an exponierter Stelle und zwar auf der Basis eines zumindest begrenzten ideologischen Konsenses mit dem Nationalsozialismus. Nicht Konflikte und Machtkämpfe, sondern das Streben nach Kooperation mit dem Ziel der Wahrung eigener Privilegien prägte die Beziehung dieser Untersuchungsgruppe zum Nationalsozialismus. Ihr Arrangement ist dabei als pragmatische Strategie einer als betriebswirtschaftlich notwendig erachteten Selbstbehauptung zu interpretieren.



„Land im Aufbau“: Titelbild des Berichts der Landesregierung Schleswig-Holstein für die Jahre 1950 – 1954.